

# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen auf 2 Wochen 2.50 M., aufwärts 0.55 M., Anzeigen unter 20 M., aufwärts 2.50 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.35 M., Geschäftsleute, Vereine, Verfallanzeigen und Wohnungsanzeigen 0.30 M., zu vorgenannten Preisen tritt ein Verrechnungsschlag von 20% an. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Marktstraße 49 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3832.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Redaktion: Marktstraße 49, durch die Zweigstellen: Marktstraße 23 bei Jung, die Zustellung der „Volkswacht“, Neue Grubenstraße Nr. 7 und durch die Kustlager zu Breslau: Wörschstraße 1-20 M., monatlich 3.10 M., vierteljährlich 15.30 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 M. (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 15.30 M.

## Die Polenunruhen in Oberschlesien.

### Das Ultimatum.

Die Durchsetzung eines Ultimatus an Deutschland ist Lloyd George die aus den Meldungen der amtlichen englischen und französischen Telegraphenagenturen hervorgeht, gegen den Widerstand Frankreichs gelungen. Da die Franzosen gegenwärtig mit ihren Einmarschvorbereitungen für das Ruhrgebiet noch nicht fertig sind, scheinen sie von der Absendung des Ultimatus die Verhinderung des Einmarsches auch für spätere Zeit zu befürchten. Sie nehmen also an, daß die deutsche Regierung das Ultimatum annehmen könnte.

Ob das möglich ist, kann von uns erst geprüft werden, wenn der Inhalt des Ultimatus genau zu übersehen ist. Daß von der Annahme oder Ablehnung der Einmarsch oder Nichteinmarsch abhängt, scheint uns schon heute sicher zu sein. Die Hoffnung, die einige deutsche Blätter auf eine jetzt noch erfolgende amerikanische Aktion setzen, läßt ihre eigene Begründung nicht erkennen. Es wäre in jedem Fall falsch, mit einer so vagen Hoffnung zu rechnen und daraufhin der Entscheidung über das Ultimatum aus dem Wege zu gehen.

Diejenigen Fragen, um die es sich in erster Reihe handeln dürfte, wenn man zu einer sachlichen Beurteilung der von der Entente gestellten Entscheidungsfrage kommen will, dürften in erster Linie sein: die Zahlungsdauer der Jahresleistungen Deutschlands und das Einverständnis der deutschen Regierung mit der Erhebung eines Teiles der Jahresleistungen in Form von Ausfuhrabgaben. Daß die Ausfuhrabgaben so lange von den Alliierten praktisch nicht zu erheben sind, so lange die deutsche Regierung sich an ihrer Organisation nicht beteiligt geht ja klar aus der Möglichkeit hervor, Umwege durch Länder zu suchen, die in diesem neuen Wirtschaftslamp neutral bleiben können, oder aber offen unter neue Handelsüberwachung seitens der Alliierten genommen werden müssen, was diesen kaum erwünscht wäre.

Auf keinen Fall darf die schwierige Entscheidung, vor der wir jetzt stehen, durch innerpolitische Erwägungen gehemmt werden. Ergibt die Prüfung des Ultimatus sachlich die Notwendigkeit der Ablehnung, so bleibt trotz Einmarschdrohung und Folgen nichts anderes als Ablehnung möglich. Ist die Annahme irgendwie zu verantworten, so wird man sie auch in späteren innerpolitischen Auseinandersetzungen beden können, wenn man an die Lage erinnert, die der Einmarsch geschaffen hätte. Diese Lage, das können wir heute nur festhalten, ist nicht allein von den Regierungen der Alliierten geschaffen worden, sondern auch durch die ganze Verhandlungsführung mit der Vereinzeltung Harding und der Formulierung der deutschen Angebote durch die bürgerliche Regierung der deutschen Volksparteier, Zentrumsmänner und Demokraten. Wie weit wir Sozialdemokraten die Mitverantwortung für die weiteren Entscheidungen übernehmen können, die man uns gerne zuschieben möchte, können wir erst sagen, wenn der Wortlaut des Ultimatus ergibt, welche Lage Lloyd George, Briand und die deutsche Bürgerregierung geschaffen haben.

### Zwölfstägiges Ultimatum.

Aus London wird vom 2. Mai gemeldet: Am 1. Uhr trat der Oberste Rat zu einer Sitzung zusammen. Deutschland ist eine Frist von 12 Tagen eingeräumt worden. Die deutsche Regierung muß jedoch am Vorabend des zwölften Tages die Bedingungen glatt annehmen, die ihm von der Reparationskommission bekannt gegeben werden.

### Die Zahlungsvorschläge der Alliierten Sachverständigen.

Wie der Sonderberichterstatter der Tages-Agentur in London mitteilt, haben die alliierten Sachverständigen bis nach Mitternacht gearbeitet, um die neuen Zahlungsbedingungen für Deutschland festzustellen. Nach ihm soll man schließlich folgenden Plan feststellen haben: Deutschland soll drei Kategorien von Bons liefern, die ersten im Werte von 12 Milliarden, sollen sofort der Reparationskommission überliefert werden, die sie nach dem in Spa festgestellten Verteilungsschlüssel unter die Alliierten verteilt, aber auf das Vorzugsrecht Belgiens im Betrage von zwei Milliarden Rücksicht nimmt. Diese Bons sollen zahlbar sein in 9 oder 12 Monaten. Die zweite Kategorie von Bons im Werte von 50 Milliarden, soll am 1. November 1921 emittiert und ebenfalls der Reparationskommission überliefert werden, die sie unter die Mächte verteilt. Schließlich werde die Reparationskommission die Lieferung von 80 neuen Milliarden Schatzbons verlangen, wenn sie die Versicherung habe, daß der Weltmarkt sie aufnehmen und Deutschland sie bezahlen könne. Diese Bons sollen garantiert werden durch eine allgemeine Hypothek gemäß Artikel 248 des Friedensvertrages auf alle Werte und Einnahmequellen Deutschlands, sowie durch besondere Pfänder, namentlich der Zollsinnahmen, deren Ertrag man auf eine Milliarde Goldmark schätzt. Auch eine Kommission für die deutsche Schuld soll in Berlin errichtet werden.

Die „Zeit. Ztg.“ meldet aus London: In der von den Alliierten geforderten Summe von 132 Milliarden Goldmark wird die belgische Schuld nicht enthalten sein. Dafür werden aber die bisherigen deutschen Leistungen einbezogen, was bisher nicht zugebilligt wurde. Der Zinssatz ist bisher noch unbekannt. Die „Times“ glaubt zu wissen, daß man einen zehnprozentigen Zinssatz einschließlich der Amortisationsquote festsetzen werde. Die Zeitdauer für die deutschen Schuldzahlungen soll auf 30 Jahre bemessen werden. Dabei ist es ausgesprochen englische Absicht, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die Zahlungen von der jeweiligen Leistungsfähigkeit abhängig zu machen, gegebenenfalls später sogar eine Kürzung vorzunehmen. Die Devisen schließt auch die Entlassungsfrage, die Frage der Kriegsverbrechen und der übrigen angeblichen Verfehlungen ein. Ein Ausschuss, in welchem Briand vertreten ist, berät die Garantien, die Deutschland zur Durchführung der Beschlüsse leisten soll. In Betracht kommt eine internationalisierte Kommission für Zölle und Kohlen, für Ausgabe von Goldbons und für eine Exportabgabe. Laut „Daily News“ rechnet Lloyd George für später auf eine größere Aktivität Amerikas. Desgleichen werde mit der Rückkehr zum Friedensvertrag, eventuell auch eine anderweitige Regelung für die Zukunft vorbehalten. Die englische Auffassung geht dahin, daß Berlin die Devisen unter Zwang annehmen könne, weil die Ausfuhrungen sich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages richten. Bezüglich der obereschlesischen Frage wurde beschlossen, daß dieses auf jeden Fall entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an der Reparation teilnehmen soll. Der Bericht der Doppelner alliierten Kommission liegt noch nicht vor.

### Amerika will neue Vorschläge.

Berlin, 3. Mai. (Drahtbericht.) Die amerikanische Regierung wird heute durch Staatssekretär Hughes der deutschen Regierung mitteilen, daß sie die deutschen Vorschläge als ungeeignet ablehnen muß. Amerika schlägt Deutschland vor, den Alliierten neue Vorschläge zu unterbreiten.

### Die Forderung der Gewerkschafts-Internationale an London und an Berlin.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Vor einigen Tagen weihte Hue, Silber Schmidt und Dismann in Amsterdam, wo sie mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund auch die Frage einer internationalen Aktion im Falle der Besetzung des Ruhrgebietes besprachen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die augenblicklich aber noch als vertraulich behandelt wird. Am Sonntag hat sich dann das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach London begeben, um während der Verhandlungen der Alliierten anwesend zu sein, insbesondere aber auch, um mit den englischen Arbeiterführern die Frage zu besprechen, welche Maßnahmen im Falle eines Einmarsches ins Ruhrgebiet zu treffen sind. Bevor das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach London abreiste, wurde noch eine Erklärung angenommen, die ausdrücklich feststellt, daß die Vorschläge der deutschen Regierungen von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden und die Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland sich bereit erklären, alles aufzubieten, um die aus den neuen deutschen Vorschlägen resultierenden Vereinbarungen durchführbar zu machen. Insbesondere wurde dann noch zum Ausdruck gebracht, daß der Internationale Gewerkschaftsbund der Ansicht ist, daß unter diesen Umständen ein Weg für eine friedliche Lösung gefunden werden könne. Zum Schluß der Erklärung werden dann die Regierungen der Entente Staaten aufgefordert, Verhandlungen anzubahnen, andererseits aber auch die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie das gegebene Wort rechtzeitig muß und gegen die Militäristen innerhalb Deutschlands, die eine Bedrohung für die Reparation darstellen, vorgehen soll.

### Die belgischen Sozialisten gegen Frankreichs Gewaltpolitik.

Wie dem „Intranfigeant“ aus Brüssel gemeldet wird, hat der Generalrat der sozialistischen Partei in einer besonderen Sitzung die Frage der Sanktionen erörtert. Vandervelde erklärte, man müsse der Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, wie sie in Amsterdam festgelegt worden sei, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit den sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschlüssen anschließen, die die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

### Der Streit in Oberschlesien.

Aus Beuthen wird vom 2. Mai gemeldet: Die „Grenzzeitung“ hat gestern Abend die „vollkommen auf Wahrheit beruhende“ Meldung verbreitet, daß die Interalliierte Kommission in Opatowitz am 29. April den Bericht über das Abstimmungsresultat an den Obersten Rat in London geschickt und in dem Bericht eine Teilung Oberschlesiens dahin vorgeschlagen hat, daß Deutschland fast ganz Oberschlesien mit dem Zentralindustrialgebiet behalten solle. Das Blatt hat diese Meldung mit Angaben über eine angeblich am 7. April in Katowitz stattgehabte Versammlung der deutschen Großindustriellen begleitet. Die Angaben waren gefolgert durch die Ueberschrift: Die deutschen Schatzbarone wollen Oberschlesien vernichten“ und den Wendungen: „Wichtige Auslager, verbrecherische Vernichtungsgedanken, eine Handvoll fremder Blutgänger und Kapitalisten, verbrecherische deutsche Vernichtungspläne“ usw. Die „Grenzzeitung“ behauptet, daß auf Veranlassung des deutschen Plebiszit-Kommissars, Dr. Urbanek, die Versammlung beschlossen habe, „ähnlichen alle Gruben und Hüten zu vernichten und die Schuld an den Zerstörungen den Polen in die Schuhe zu schieben“. Dr. Urbanek bezeichnet die Angaben des Blattes von ersten bis zum

letzten Wort als erlogen und bezeichnet die Lüge der „Grenzzeitung“ als einen Akt wahrer Verzweiflung, dazu bestimmt, die Volksmassen, die für den 3. Mai als den Tag der polnischen Konstitution, bereits erregt, durch die täglich vorgegaukelte polnische Anwartschaft auf die sogenannte Korfantlinie, verblendet sind, zum Loszischen aufzuführen. Die Unterbrechung der Auslandsreise Korfantys und seine plötzliche Rückkehr stehen offenbar damit in Zusammenhang, ebenso die massenhaften Autofahrten, die am 30. April und 1. Mai sich vor dem Konnihotel abgepielt haben.

### Nach kein Vorschlag der Doppelner Kommission fertig.

Die Interalliierte Kommission macht amtlich bekannt, daß sie über die Zukunft Oberschlesiens noch keine Beschlüsse gefaßt habe.

### Maßnahmen der Interalliierten Kommission.

In verschiedenen Kreisen, vor allem in Arnheim, Pösch und Beuthen, ist ein Aufstandswort angeordnet worden. Ebenso wurden die für den 3. Mai als polnischen Nationalfeiertag und für das Himmelshochfest am Donnerstag geplanten Umzüge verboten.

### Belagerungszustand in Oberschlesien?

Wie der L.-U. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, beabsichtigt die Interalliierte Kommission in Opatowitz infolge des dort ausgebrochenen Streiks den Belagerungszustand zu verhängen.

### Der Zugverkehr nach Oberschlesien unterbunden!

W.B. meldet aus Beuthen von heute morgen: Heute früh wurde das Gebäude der Ostdeutschen Morgenpost von etwa 30 bis 40 Mann umzingelt, die ein regelrechtes Schnellfeuer eröffneten und später Maschinengewehre auf der Straße ausstellten. Durch Einschlagen der Türen mit Gewehren wurden verschaffen sie sich Einlaß in das Gebäude; sechs Mann, darunter ein Apobeamter, bewaffnet mit Gewehren und Revolver, erschienen in den Räumen und verlangten die leibenden Verantwortlichen der Ostdeutschen Morgenpost zu sprechen. Die noch anwesenden Seher hatten sich durch Ueberlebkern der Nachtbargrundstücke bereits in Sicherheit gebracht, jedoch ein sicherer Zusammenstoß vermieden wurde. Allen in dem Gebäude befindlichen Personen ist ein Entweichen zurzeit unmöglich, da das Haus vollständig von mit Gewehren bewaffneten Mannschaften umzingelt ist, die eine polnische weiß-rote Fahne entfalten haben. Auch auf dem Lande scheint es zu gären. Ein Hinweis auf den englischen Kreiskontrollleur wurde mit der Begründung abgelehnt, daß leider keine Mannschaften zur Stelle seien, da diese mit Tanks kurz zuvor die Kasernen verlassen hätten. Gegen 5 Uhr früh marschierten französische Truppen mit Tanks durch die Straßen. Ihr Ziel ist noch unbekannt.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Hindenburg und Gleiwitz ist unterbrochen. Einzelheiten lassen sich noch nicht ermitteln. Ebenso ist der Zugverkehr von Oberschlesien nach Breslau eingeklinkt, angeblich weil eine Eisenbahnbrücke bei Dambrau in die Luft gesprengt ist. Zurzeit, 7 Uhr früh, ist jeder Straßenverkehr unterbunden. Mit Gewehren und Revolver bewaffnete Mannschaften, mit polnischen Nationalabzeichen versehen, durchstreifen zu Fuß und zu Rade die Stadt. Es scheint auf eine regelrechte Besetzung Oberschlesiens abgesehen zu sein.

Wie uns ferner gemeldet wird, sind außer der Eisenbahnbrücke über die Drinik bei Popelau auch die Straßenbrücke bei Schippanowitz und die Straße zwischen Reisse und Sowade von polnischer Seite zerstört worden.

Wie uns die Breslauer Eisenbahndirektion mitteilt, wird der Personenverkehr bei der gesprengten Eisenbahnbrücke durch Umgehungen aufrecht erhalten.

### Anrufung der Internationale.

Opatowitz, 2. Mai. Die obereschlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereine und der christlichen Gewerkschaften haben folgendes Telegramm an das Generalsekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den Präsidenten des Internat. Gewerkschaftsbundes, Thomas, abgeandt: Am 2. Mai haben polnische Agitatoren einen Streik größeren Umfanges in Oberschlesien verurteilt, um zweifellos dem Obersten Rat in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine Volkserhebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Vorschubung unversöhnlicher wirtschaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung brutaler Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Ausschreitungen Erfolg haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutsch gekennnte Arbeiterklasse allen unseren Anmahnungen zum Trotz sich nicht länger durch eine Minderheit terrorisierter Massen wird und dadurch die schwersten wirtschaftlichen Geschädigten Oberschlesiens nicht sparen können.

### De Bond abgereist.

Aus Opatowitz wird gemeldet: Die interalliierte Kommission teilt amtlich mit: Der Vorsitzende der interalliierten Reparations- und Plebiszit-Kommission, General Le Bond, begibt sich nach Frankreich. Er hat Oberschlesien am 30. April verlassen. Der Vorsitz der interalliierten Kommission ist auf General de Marini übergegangen. Die Vertretung Frankreichs hat Generalkonjunkt Penjob übernommen.

### Eine Falschmeldung über Oberpräsident Zimmer.

Der „Boten aus dem Riesengebirge“ in Hirschberg bringt in seiner Nummer vom 3. Mai die Meldung, der Oberpräsident General Zimmer, trage sich mit Rücktrittsabsichten. Wie wir auf unserer Grundschrift Nr. 2772, 1921, die bereits im







# Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für 14 Tage...  
2.30 M., ansonsten 2.50 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.33 M.,  
Stellenangebote, Berufe, Vermittlungs- und Wohnungsangelegenheiten 0.50 M.,  
zu vorgenannten Preisen tritt ein Steuerzuschlag von 20%...  
Die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-  
expedition Kurze 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlags- und Anzeigenstelle: Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Ronto: Postfach-Num. Breslau Nr. 3352.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist  
durch die Haupt-Expedition, Kurze 46, durch die  
Zweigstellen, Marktstraße 24, bei Jung, die Buchhandlung der „Volkswacht“,  
Neue Graupenstr. Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich  
1.20 M., monatlich 3.10 M., vierteljährlich 11.50 M. (einschließlich Post-  
gebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M. (ohne Postgebühren),  
bei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.50 M.

## Die Polenunruhen in Oberschlesien.

### Das Ultimatum.

Die Durchsetzung eines Ultimatus an Deutschland ist Lloyd George, e aus den Meldungen der amtlichen englischen und französischen Telegraphenagenturen hervorgeht, gegen den Widerstand Frankreichs gelungen. Da die Franzosen gegenwärtig mit ihren Einmarschvorbereitungen für das Ruhrgebiet noch nicht fertig sind, scheinen sie von der Abwendung des Ultimatus die Verhinderung des Einmarsches auch für spätere Zeit zu befürchten. Sie nehmen also an, daß die deutsche Regierung das Ultimatum annehmen könnte.

Ob das möglich ist, kann von uns erst geprüft werden, wenn der Inhalt des Ultimatus genau zu übersehen ist. Daß von der Annahme oder Ablehnung der Einmarsch oder Nichteinmarsch abhängt, scheint uns schon heute sicher zu sein. Die Hoffnung, die einige deutsche Blätter auf eine jetzt noch erfolgende amerikanische Aktion setzen, läßt ihre eigene Begründung nicht erkennen. Es wäre in jedem Fall falsch, mit einer so vagen Hoffnung zu rechnen und daraufhin der Entscheidung über das Ultimatum aus dem Wege zu gehen.

Diejenigen Fragen, um die es sich in erster Reihe handeln dürfte, wenn man zu einer sachlichen Beurteilung der von der Entente gestellten Entscheidungsfrage kommen will, dürften in erster Linie sein: die Zahlungsdauer der Jahresleistungen Deutschlands und das Einverständnis der deutschen Regierung mit der Erhebung eines Teiles der Jahresleistungen in Form von Ausfuhrabgaben. Daß die Ausfuhrabgaben so lange von den Alliierten praktisch nicht zu erheben sind, so lange die deutsche Regierung sich an ihrer Organisation nicht beteiligt, geht ja klar aus der Möglichkeit hervor, Umwege durch Länder zu suchen, die in diesem neuen Wirtschaftslampf neutral bleiben können, oder aber offen unter neue Handelsüberwachung seitens der Alliierten genommen werden müssen, was diesen kaum erwünscht wäre.

Auf keinen Fall darf die schwierige Entscheidung, vor der wir jetzt stehen, durch innerpolitische Erwägungen gehemmt werden. Ergibt die Prüfung des Ultimatus sachlich die Notwendigkeit der Ablehnung, so bleibt trotz Einmarschdrohung und Folgen nichts anderes als Ablehnung möglich. Ist die Annahme irgendwie zu verantworten, so wird man sie auch in späteren innerpolitischen Auseinandersetzungen decken können, wenn man an die Lage erinnert, die der Einmarsch geschaffen hätte. Diese Lage, das können wir heute nur festhalten, ist nicht allein von den Regierungen der Alliierten geschaffen worden, sondern auch durch die ganze Verhandlungsführung mit der Heranziehung Hardings und der Formulierung der deutschen Angebote durch die bürgerliche Regierung der deutschen Volksparteier, Zentrumsmänner und Demokraten. Wie weit wir Sozialdemokraten die Mitverantwortung für die weiteren Entscheidungen übernehmen können, die man uns gerne zuschieben möchte, können wir erst sagen, wenn der Wortlaut des Ultimatus ergibt, welche Lage Lloyd George, Briand und die deutsche Bürgerregierung geschaffen haben.

### Zwölfstündiges Ultimatum.

Aus London wird vom 2. Mai gemeldet: Um 1 Uhr trat der Oberste Rat zu einer Sitzung zusammen. Deutschland ist eine Frist von 12 Tagen eingeräumt worden. Die deutsche Regierung muß jedoch am Vorabend des zwölften Tages die Bedingungen glatt annehmen, die ihm von der Reparationskommission bekannt gegeben werden.

### Die Zahlungsvorschläge der alliierten Sachverständigen.

Wie der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in London mitteilt, haben die alliierten Sachverständigen bis nach Mitternacht gearbeitet, um die neuen Zahlungsbedingungen für Deutschland festzustellen. Nach ihm soll man schließlich folgenden Plan feststellen: Deutschland soll drei Kategorien von Bons liefern, die ersten im Werte von 12 Milliarden, sollen sofort der Reparationskommission überliefert werden, die sie nach dem in Spa festgestellten Verteilungsschlüssel unter die Alliierten verteilt, aber auf das Vorkaufsrecht Belgiens im Betrage von zwei Milliarden Rücksicht nimmt. Die zweite Kategorie von Bons im Wert von 50 Milliarden, soll am 1. November 1921 emittiert und ebenfalls der Reparationskommission überliefert werden, die sie unter die Röhre verteilt. Schließlich werde die Reparationskommission die Lieferung von 80 neuen Milliarden Schatzbons verlangen, wenn sie die Versicherung habe, daß der Weltmarkt sie aufnehmen und Deutschland sie bezahlen könne. Diese Bons sollen garantiert werden durch eine allgemeine Hypothek gemäß Artikel 248 des Friedensvertrages auf alle Werte und Einnahmequellen Deutschlands, sowie durch besondere Pfänder, namentlich der Zolleinnahmen, deren Ertrag man auf eine Milliarde Goldmark schätzt. Auch eine Kommission für die deutsche Schuld soll in Berlin errichtet werden.

Die „Zeit. Ztg.“ meldet aus London: In der von den Alliierten geforderten Summe von 132 Milliarden Goldmark wird die belgische Schuld nicht enthalten sein. Dafür werden aber die bisherigen deutschen Leistungen einbezogen, was bisher nicht zugestimmt wurde. Der Zinsfuß ist bisher noch unbekannt. Die „Times“ glaubt zu wissen, daß man einen sechsprozentigen Zinsfuß einschließlich der Amortisationsquote festsetzen werde. Die Zeitdauer für die deutschen Schuldzahlungen soll auf 30 Jahre bemessen werden. Dabei ist es ausgesprochen englische Ansicht, gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die Zahlungen von der jeweiligen Leistungsfähigkeit abhängig zu machen, gegebenenfalls später sogar eine Kürzung vorzunehmen. Die Delegation schließt auch die Entwaffnungsfrage, die Frage der Kriegsverbrechen und der übrigen angeblichen Verfehlungen ein. Ein Ausschuss, in welchem Briand vertreten ist, berät die Garantien, die Deutschland zur Durchführung der Beschlüsse leisten soll. In Betracht kommt eine interalliierte Kommission für Zölle und Steuern, für Ausgabe von Goldbons und für eine Exportabgabe. Laut „Daily News“ rechnet Lloyd George für später auf eine größere Aktivität Amerikas. Desgleichen werde mit der Rückkehr zum Friedensvertrag, eventuell auch eine anderweitige Regelung für die Zukunft vorbehalten. Die englische Auffassung geht dahin, daß Berlin die Delegation unter Zwang annehmen könne, weil die Ausführungen sich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages richten. Bezüglich der oberschlesischen Frage wurde beschlossen, daß dieses auf jeden Fall entsprechend seiner Leistungsfähigkeit an der Reparation teilnehmen soll. Der Bericht der Doppelner alliierten Kommission liegt noch nicht vor.

### Amerika will neue Vorschläge.

Berlin, 3. Mai. (Drahtbericht.) Die amerikanische Regierung wird heute durch Staatssekretär Hughes der deutschen Regierung mitteilen, daß sie die deutschen Vorschläge als ungeeignet ablehnen muß. Amerika schlägt Deutschland vor, den Alliierten neue Vorschläge zu unterbreiten.

### Die Forderung der Gewerkschafts-Internationale an London und an Berlin.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Vor einigen Tagen weilte Hue, Silberhämid und Dymann in Amsterdam, wo sie mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund auch die Frage einer internationalen Aktion im Falle der Besetzung des Ruhrgebietes besprachen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die augenblicklich aber noch als vertraulich behandelt wird. Am Sonntag hat sich dann das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach London begeben, um während der Verhandlungen der Alliierten anwesend zu sein, insbesondere aber auch, um mit den englischen Arbeiterführern die Frage zu besprechen, welche Maßnahmen im Falle eines Einmarsches ins Ruhrgebiet zu treffen sind. Bevor das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach London abreiste, wurde noch eine Erklärung angenommen, die ausdrücklich feststellt, daß die Vorschläge der deutschen Regierungen von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden und die Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland sich bereit erklären, alles auszubieten, um die aus den neuen deutschen Vorschlägen resultierenden Vereinbarungen durchführbar zu machen. Insbesondere wurde dann noch zum Ausdruck gebracht, daß der Internationale Gewerkschaftsbund der Ansicht ist, daß unter diesen Umständen ein Weg für eine friedliche Lösung gefunden werden könne. Zum Schluß der Erklärung werden dann die Regierungen der Entente Staaten aufgefordert, Verhandlungen anzubahnen, andererseits aber auch die deutsche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie das gegebene Wort rechtzeitig muß und gegen die Alliierten innerhalb Deutschlands, die eine Bedrohung für die Reparation darstellen, vorgehen soll.

### Die belgischen Sozialisten gegen Frankreichs Gewaltpolitik.

Wie dem „Intrantsgeant“ aus Brüssel gemeldet wird, hat der Generalsekretär der sozialistischen Partei in einer besonderen Sitzung die Frage der Sanktionen erörtert. Banderweide erklärte, man müsse der Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, wie sie in Amsterdam festgelegt worden sei, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit den sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschlüssen anschließen, die die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

### Der Streit in Oberschlesien.

Aus Beuthen wird vom 2. Mai gemeldet: Die „Grenzzeitung“ hat gestern abend die „vollkommen auf Wahrheit beruhende“ Meldung verbreitet, daß die Interalliierte Kommission in Opatowitz am 29. April den Bericht über das Abstimmungsresultat an den Obersten Rat in London gesandt und in dem Bericht eine Teilung Oberschlesiens dahin vorgeschlagen hat, daß Deutschland fast ganz Oberschlesien mit dem Zentral-Industriebezirk behalten solle. Das Blatt hat diese Meldung mit Angaben über eine angeblich am 7. April in Kaitowitz stattgehabte Versammlung der deutschen Großindustriellen begleitet. Die Angaben waren gekennzeichnet durch die Ueberschrift: „Die deutschen Schlichter wollen Oberschlesien vernichten“ und den Wendungen: „Allmächtige Ausleger, verbrecherische Vernichtungsgeboten, eine Handvoll fremder Blutsauger und Kapitalisten, verbrecherische deutsche Vernichtungspläne“ usw. Die „Grenzzeitung“ behauptet, daß auf Veranlassung des deutschen Reichskommissars, Dr. Urbansel, die Versammlung beschlossen habe, „Schlesiens alle Gruben und Güter zu vernichten und die Schuld an der Zerstückelung den Polen in die Schuhe zu schieben“. Dr. Urbansel bezeichnet die Angaben des Blattes dem ersten bis zum

letzten Wort als erlogen und bezeichnet die Rüge der „Grenzzeitung“ als einen Akt wahrer Verweigerung, dazu bestimmt, die Volksmassen, die für den 3. Mai als den Tag der politischen Konstitution, bereits erregt, durch die täglich vorgegaukelte polnische Anwartschaft auf die sogenannte Korfantaline, verblenden und zum Losschlagen aufzureizen. Die Unterbrechung der Auslandsreise Korfanus und seine plötzliche Rückkehr stehen offenbar damit in Zusammenhang, ebenso die massenhaften Ausfahrten, die am 30. April und 1. Mai sich vor dem Cornithotel abgespielt haben.

### Noch kein Vorschlag der Doppelner Kommission fertig.

Die Interalliierte Kommission macht amtlich bekannt, daß sie über die Zukunft Oberschlesiens noch keine Beschlüsse gefaßt habe.

### Maßnahmen der Interalliierten Kommission.

In verschiedenen Kreisen, vor allem in Kattowitz, Pless und Beuthen, ist ein Alkoholverbot angeordnet worden. Ebenso wurden die für den 3. Mai als polnischen Nationalfeiertag und für das Himmelfahrtsfest am Donnerstag geplanten Umzüge verboten.

### Belagerungszustand in Oberschlesien?

Wie der T.M. von zuständiger Stelle mitteilt wird, beabsichtigt die Interalliierte Kommission in Opatowitz den dort ausgebrochenen Streik den Belagerungszustand zu verhängen.

### Der Zugverkehr nach Oberschlesien unterbunden!

W.B. meldet aus Beuthen von heute morgen: Heute früh wurde das Gebäude der Ostdeutschen Morgenpost von etwa 30 bis 40 Mann umzingelt, die ein regelrechtes Schnellfeuer eröffneten und später Maschinengewehre auf der Straße aufstellten. Durch Einschlagen der Türen mit Gewehren, erschienen in den Räumen und verlangten die leitenden Persönlichkeiten der Ostdeutschen Morgenpost zu sprechen. Die noch anwesenden: Seher hatten sich durch Ueberklettern der Dachbargrundstücke bereits in Sicherheit gebracht, jedoch ein festerer Zusammenstoß vermieden wurde. Allen in dem Gebäude befindlichen Personen ist ein Entweichen zurzeit unmöglich, da das Haus vollständig von mit Gewehren bewaffneten Mannschaften umzingelt ist, die eine polnische weiß-rote Fahne entfaltet haben. Auch auf dem Lande scheint es zu gären. Ein Silberauf an den englischen Kreiskontrollleur wurde mit der Begründung abgelehnt, daß leider keine Mannschaften zur Stelle seien, da diese mit Tanks kurz zuvor die Kasernen verlassen hätten. Gegen 5 Uhr früh maršierten französische Truppen mit Tanks durch die Straßen. Ihr Ziel ist noch unbekannt.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Hindenburg und Gleiwitz ist unterbrochen. Einzelheiten lassen sich noch nicht ermitteln. Ebenso ist der Zugverkehr von Oberschlesien nach Breslau eingestellt, angeblich weil eine Eisenbahnbrücke bei Dambrau in die Luft gesprengt ist. Zurzeit, 7 Uhr früh, ist jeder Straßenverkehr unterbunden. Mit Gewehren und Revolver bewaffnete Mannschaften, mit polnischen Nationalabzeichen versehen, durchstreifen zu Fuß und zu Pferde die Stadt. Es scheint auf eine regelrechte Besetzung Oberschlesiens abgesehen zu sein.

Wie uns ferner gemeldet wird, sind außer der Eisenbahnbrücke über die Drinitz bei Popelan auch die Straßenbrücke bei Schippanowitz und die Fähre zwischen Reiche und Sowade von polnischer Seite zerstört worden.

Wie uns die Breslauer Eisenbahndirektion mitteilt, wird der Personenverkehr bei der gesperrten Eisenbahnbrücke durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

### Anrufung der Internationale.

Opatowitz, 2. Mai. Die oberschlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Tisch-Dumkerischen Gewerkschaftsvereine und der christlichen Gewerkschaften haben folgendes Telegramm an das Generalsekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den Präsidenten des Internat. Gewerkschaftsbundes, Thomas, abgeandt: Am 2. Mai haben polnische Agitatoren einen Streik größeren Umfanges in Oberschlesien verursacht, um zweifellos dem Obersten Rat in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine Volkserhebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Vorhinderung unerschütterlicher wirtschaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung von brutalem Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Täuschungsversuch Erfolg haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutsch gekleidete Arbeiterkraft allen unseren Abmachungen zum Trotz sich nicht länger durch eine Minderheit terrorisieren lassen wird und dadurch die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen Oberschlesiens nicht avertieren können.

### De Rand abgereist.

Aus Opatowitz wird gemeldet: Die interalliierte Kommission teilt amtlich mit: Der Vorsitzende der interalliierten Regierungen- und Beobachtungskommission, General De Rand, begibt sich nach Frankreich. Er hat Oberschlesien am 30. April verlassen. Der Vorsitz der Interalliierten Kommission ist auf General de Martini übergegangen. Die Vertretung Frankreichs hat Generalkonsul Bonjos übernommen.

### Eine Volksversammlung über Oberpräsident Zimmer.

Der „Bote aus dem Riesengebirge“ in Hirschberg bringt in seiner Nummer vom 3. Mai die Meldung, der Oberpräsident Gen. Zimmer habe heute mit „Gleichgesinnten“ eine Volksversammlung in Hirschberg abgehalten. In dieser Versammlung wurde







### Zur Frage der Familienzulagen

äußert sich in Nr. 18 des Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Bundesvorsitzende Theodor Leipart. Über diese Frage, die doch auch eine Gewerkschaftsangelegenheit im wahren Sinne des Wortes ist, ist in der deutschen Gewerkschaftspressen bisher noch wenig geschrieben worden, umso mehr aber in der Unternehmerpresse und in den Blättern, die dem Unternehmertum nahe stehen, und da durchweg in dem Sinne, daß der ledige Arbeiter unmöglich ebensoviel verdienen dürfe, wie der verheiratete. Man hat auch schon die Einführung einer Art Versicherung befürwortet, die es dem Unternehmer erleichtern soll, die Lohnzuschläge für Familienmitglieder zu tragen. Der Hintergedanke bei der ganzen Sache ist wohl der, daß der angestrebte Lohnabbau zunächst bei den Unverheirateten anfangen müsse. Leipart erwidert auf diese Ausführungen des bekannten Landgerichtsrats W. Kulemann in Nr. 16 der Sozialen Praxis, wo dieser einen Streitfall behandelt, bei dessen Vertreter sich für Bemessung des Lohnes nach der Leistung, die Arbeitgebervertreter für Bemessung nach dem Familienstand erklärt haben.

Genosse Leipart legt ein Wort für die ledigen Arbeiter ein und verweist darauf, daß der Ledige manche Bedürfnisse und Pflichten hat, die für den Verheirateten zum wenigsten doch nicht mehr in gleichem Maße in Frage kommen. Als solche führt er die Pflicht zur Weiterbildung an; auch die Teilnahme an Turn- und Sportwettkämpfen sei berechtigt; der junge Arbeiter soll auch seine Jugend genießen und soziales Leben wenigstens die Gelegenheit haben, Erfahrungen machen zu können, damit er, wenn er später eine Familie gründet, sich den jetzt so überaus kostspieligen Hausstand anschaffen kann.

Wie solle ferner die „soziale Entlohnung“ durchgeführt werden? Man denke an demselben immer an die Lohnarbeiter, aber nicht an die Werkstattdarbeiter. Sollte auch der Stücklohn ungleich festgelegt werden?

Leipart empfiehlt einen einfacheren Weg. Man solle den Familienvater bei den Steuern in höherem Maße berücksichtigen, als bisher. Ferner solle man ihm alle nur denkbaren Vergünstigungen gewähren, deren Kosten von der Gesamtheit des Volkes aufgebracht werden (freien Schulunterricht, Schulspeisung, freie Fahrt zur Schule, unentgeltliche Körperpflege, in gewissem Umfang vielleicht auch Schuhe und Kleider). Man leitere für die Säuglinge unentgeltliche oder verbilligte Milch, ferner einen Erziehungsbeitrag für jedes Kind, den schulfähigen Kindern eine kostenfreie Lehrstelle oder einen Zuschuß zu den Kosten der Berufsausbildung. Der Anfang auf diesem Wege ist schon längst gemacht worden, man müsse den Weg nur ernsthaft weitergehen. Man stelle auf diese Weise den Familienvater günstiger als den Ledigen, lasse aber die Frage des Entlohnungssystems aus dem Spiele.

### Die evangelischen Arbeitervereine für Stegerwald.

Aus dem „Mitteilungsblatt des schlesischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine“ ersieht man, daß Pastor Wiebig auf der erweiterten Vorstandssitzung des Verbandes einen Vortrag über die Absichten Stegerwald gehalten hat, eine neue Partei zu gründen. Er hat dort folgenden Antrag gestellt, der nun diskutiert werden soll:

Der schlesische Verband evangelischer Arbeitervereine nimmt von dem Stegerwaldischen Plan der Gründung einer christlich-deutschen Mittelpartei Kenntnis, richtet an seine Mitglieder die Bitte, sich durchhalten der Tageszeitung „Der Deutsche“ über die Bewegung zu orientieren und nach Kräften daran mitzuarbeiten; er beauftragt den Vorstand, mit der Leitung der Partei Fühlung zu suchen und dahin zu wirken, daß der christliche Charakter der Partei ohne konfessionelle Einseitigkeit gewahrt werde.

Den evangelischen Arbeitervereinen ging es bisher nach Meinung der Geistlichen bei den Sozialdemokraten zu sozialistisch, bei den Demokraten zu kapitalistisch, beim Zentrum zu katholisch, bei den Konfessionellen zu nationalistisch zu, aber eine neue Partei des Herrn Stegerwald würde für sie die richtige wohltemperierte Mischung aufweisen, die von der Geistlichkeit empfohlen wird. Leider wird Herr Stegerwald wohl die neue Partei überhaupt nicht gründen, nachdem ihn das Zentrum zum Ministerpräsidenten emporgehoben hat. Am besten wird es sein, wenn sich die evangelischen Arbeiter ihre eigene politische Meinung bilden, statt sich diese Meinung von der Geistlichkeit vorzeichnen zu lassen. Der Breslauer Sozialdemokratische Verein hat neben Angehörigen aller anderen religiösen Bekenntnisse mindestens 15 000 evangelische Mitglieder. Und es ist hier noch viel Platz, besonders für Arbeiter, ganz gleich, ob sie sich evangelisch, katholisch oder konfessionellos fühlen.

### Wo bleiben die Beamtenträte?

Das Provinzialparlament Berlin des Deutschen Beamtenschaftsbundes nahm gestern in einer Verammlung eine Entschließung einstimmig an, worin gegen die schleppende Behandlung des Beamtenträtengesetzes protestiert, und die sofortige Vorlage und Beratung eines Beamtenträtengesetzes verlangt wird. In der Ausschussverhandlung am Montag durch den Abgeordneten Simon (Soz.), daß seine Fraktion für das Beamtenträtengesetz eintreten werde.

### Stadttheater.

Die Inszenierung des Gassenpöbels von Barbara Kemp und der Gassenpöbel von Max v. Schilling hatte am Sonntag ihre volle Schaulustigkeit getan. Das Haus war überfüllt in begehrter Festerfüllung und rief die gefeierten Gäste unzählige Male vor die Rampe. Gegenüber dem lauten äußeren Erfolg muß man aber doch einige kleine Mängel hinsichtlich der rein künstlerischen, innerlichen Wirkung machen. Daß die Partitur der „Mona Lisa“ außerordentlich wertvoll sein sollte, vermag uns auch die unerwartet temperamentvolle Direktionsweise des Komponisten nicht zu suggerieren. Die Titelmelodie hat Barbara Kemp Gelegenheit, ihr scharf unbegrenztes Können im besten Licht erstrahlen zu lassen. In der gelungen vollendeten Leistung trat die lebendige Verkörperung dieser rätselhaften Wesenheit, die keine verbindlichen festlichen Übergänge, sondern nur Stürze, nur Wutausbrüche und explosive Entladung kennt. Grandios war die Gutwille am Schluss des ersten Aktes. Ihm gegenüber erwies der zweite Akt weniger den Schein des momentan Erlebten als des Bemühten Spiels. Für den Klang gemeldet Paul Hochheim führte James Nietan aus Dessau die Partie des Giovanni durch, gelanglich aufreißend, in der Bewegung jedoch ziemlich unbeholfen. — g—h.

### Konzerte.

Die Besetzung der Kirchenorgel pflegt mehr im ungeliebten Verhältnis zu der Gasse dabei Gebotenen zu stehen; der Sinn für uralte, profane Reizmittel entbehrt der Kunst in der Besetzung erschaffen. Das Kirchenkonzert, das Otto Burkart in Berlin mit Zwingburg Wott-Freund in der Orgel spielte, war ein Juwel. In zwei Orgelstücken von Henry Purcell, Englands bedeutendstem Komponisten und richtigem Vorbild für die Orgel, führte Otto Burkart zwei wertvolle Aufzeichnungen zu Tage, die sich in der Nachbarschaft von J. S. Bach nicht zu genieren brauchen. Dessen F-dur Tocatta spielte Otto Burkart mit hinreißendem Schwung und jugendlicher Be-

### Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Streit in der Flachfabrik in Tschirne geht weiter, da die Firma noch keine Zugeständnisse gemacht hat, selbst Verhandlungen vor der Geschäftsleitung noch nicht geführt wurden.

Die Arbeiterchaft steht nach wie vor auf der Forderung: Arbeit den entlassenen Familienvätern, Zurückzahlung der zu Unrecht abgezogenen Strafen, Anständige Behandlung von allen Beamten. Arbeiter! Mäurer! Führt Euren Kämpfern nicht in den Rücken! — Herrsche! nicht Streikbruch!!! Tschirne-Neumarkt, Der 1. Mai als Weltfeiertag des Proletariats wurde in Tschirne und Neumarkt würdig gefeiert. Ein Demonstrationzug durch einen Teil von Tschirne und das ganze Dorf Neumarkt mit Musikkapelle und einer roten Fahne mit der Aufschrift „Einigkeit macht stark“ ging voraus. In Tschirne sprach Genosse Güllert-Breslau, in Neumarkt Genosse Hermann-Breslau. In manchem Proletariatsbezirk wird der 1. Mai 1921 in ewiger Erinnerung bleiben.

### Aus der Provinz Schlesien.

#### Provinzialauschuß.

Am Mittwoch, den 27. April, trat der Provinzialauschuß unter seinem Vorsitzenden, Fürsten von Sahlstedt-Trandenberg, zu einer Sitzung zusammen, der der Vorsitzende des gemeinsamen Provinziallandtages der Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien, Landrat a. D., Dr. von Gohler, befuhrte.

Als Vertreter der Staatsregierung nahm an derselben der Oberpräsident Dr. Proskowitsch vom Oberpräsidium der Provinz Niederschlesien teil; ferner wohnte derselben der Regierungsrat von Sinterheim als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien bei.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse ist zu berichten: Nach Bewilligung von Bauhilfsgebern für den Bau von Straßen und Brücken an die Kreise Gleinau und Glatz wurden dem Magistrat Breslau für das städtische Wöchnerinnenheim und dem Osteuropa-Institut in Breslau namhafte Beihilfen bewilligt. Die für das Rechnungsjahr 1920 verfügbaren Fünfen des von Kottwitsch Spinner- und Weberunterstützungsfonds wurden den Regierungspräsidenten in Breslau und Neumarkt und dem Kuratorium der Knabenhandarbeitsstätten des Kreises Neumarkt zur Unterstüßung armer alter Handwerker und zur Verbesserung und Erneuerung der Geräte der Handwerker überwiesen.

Genehmigt wurden die Entwürfe der Bürgermeisterei für die von dem kommunalen Kraftwerk Oppeln bei der schlesischen Grotzentrale und bei der Provinzial-Hilfsstaße auszunehmenden Anleihen, die Aufstellung eines zweiten Transformators bei dem Elektrizitätswerk in Breitenhain, die Erhöhung der Beerdigungskosten für die Pflege der Jüdischen Friedhöfe in Scharfstein, die Veränderungen der Geschäftsordnung für den Provinzialauschuß und des Geschäftsplanes der Provinzial-Lebensversicherungsgesellschaft, der Anschließung der Provinzial-Erziehungsanstalt in Klein-Neudorf an das Leitungsgeschäft der Lebensversicherung des kommunalen Kraftwerks in Oppeln, die Erziehung eines Dienstgebäudes für Angestellte des Provinzial-Elektrizitätswerkes in Hirschberg.

Der Provinzialauschuß erklärte sich mit der Heranziehung der Triebwerke am Rober und Queis zu Beiträgen zu den Kosten der Unterhaltung und des Betriebes der Talsperren bei Waucz und Maritsa einverstanden, und nahm Kenntnis von den Haushaltsplänen der Taubstummenanstalten in Neumarkt und Ratibor für das Rechnungsjahr 1921.

Er verteilte den vom 59. Provinziallandtage für das Rechnungsjahr 1920 festgesetzten Bedarf an Provinzialsteuer und Landarmenbeiträgen auf die Land- und Stadtkreise der Provinz. Die Zahlung der Nachtrags-Provinzialsteuer für 1920 an die Landeshauptkasse von Schlesien hat in zwei Raten je zur Hälfte in der Zeit vom 1. bis 5. Juli und vom 1. bis 5. August 1921 zu erfolgen.

Der Provinzialauschuß beschloß, daß er sich in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht für zuständig hält zur Neuwahl des Provinzialrats der Provinz Niederschlesien und der Bezirks-Ausschüsse der Regierungsbezirke Breslau und Neumarkt, wie sie im Gesetz, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1909 gefordert wird. Er erucht die Staatsregierung mit größter Beschleunigung ein besonderes Gesetz herbeizuführen, welches diese Zuständigkeit sowie die Zuständigkeit zur Neuwahl der Mitglieder der Steuerkommissionen regelt.

Der Landesrat von Legat wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden (Direktor) der Landesversicherungsanstalt Schlesien und der Geheimen Justizrat Studemund zum beamteten Mitgliede des Vorstandes dieser Anstalt bestellt.

Die Entlassung des Abteilungsarztes Gerike an der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Lott und die Pensionierung des Taubstummenlehrers Gohmann an der Taubstummenanstalt in Neumarkt sowie der Provinzialstraßenmeister Tringel in Neumarkt, Kreis Görlitz, und Rietig in Wernersdorf, Kreis Wollfenstein, wurden genehmigt.

Zu Mitgliedern der Rechnungsrevisionskommission des Provinzialauschusses wurden ernannt: die Herren Thum als

Vorsitzender, Burmann und Dr. Feuder, als Vertreter des Kreises.

Im Anschluß an die Sitzung am 27. April und am 28. April wurden die hiesige Provinzial-Gebammen-Obstankstalt und Frauenklinik und die Taubstummen- und Blindenanstalt besichtigt.

Die nächste Sitzung des Provinzialauschusses findet am 8. Juni d. Js. statt.

### Sieg der freien Gewerkschaften.

Vom 25. bis 28. April fanden in der Königshütte (Hüttenbetrieb) die Betriebs- und Angelegenheitsräte wahlen statt. Das Ergebnis ist nach dem „Oberschlesischen Gewerkschaftsblatt“

bei den Betriebsräten:	
Abgegebene Stimmen . . . . .	4980
Davon erstellten:	
Freie Gewerkschaften . . . . .	2727
Polnische Gewerkschaften . . . . .	1302
Union . . . . .	724
Christliche . . . . .	168
Hilfs-Union . . . . .	64
Die Mandate verteilten sich auf:	
Freie Gewerkschaften . . . . .	12
Polnische Gewerkschaften . . . . .	5
Union . . . . .	8

Die beiden anderen gehen leer aus. Das Resultat ist hinsichtlich der Mandate das gleiche wie im Vorjahre. Trotz starker Agitation der Polen und Unionsleute, die einen Sieg ihrer Listen mit Sicherheit erwarteten, ist es ihnen nicht gelungen, in die geschlossene Front der freien Gewerkschaften eine Erschütterung zu schlagen.

Angestelltenräte:	
Wahlberechtigt . . . . .	446
Abgegebene Stimmen . . . . .	408
Ufa (freie Angestellten-Verbände) . . . . .	235
D. S. B. . . . .	98

Es entfallen an Mandaten auf die Ufa-Angestellten-Verbände . . . . . 7 D. S. B. . . . . 1

Auch hier ist der Sieg der freien Verbände ein unbedingter.

### Bereinstellender.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Bezirksfiliale Breslau. Mittwoch, den 4. Mai 1921, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Quartalsversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassendbericht vom 1. Quartal. 2. Wie und was bezahlen wir für Steuern? 3. Der Abwehrstreik in Tschirne. Referent Bezirkssekretär Pfeifer. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Besuche kein Kassege und Kollegen keine Verbandspflicht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zehlfabrik Breslau. Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Vertrauensmännerversammlung aller Branchen. Tagesordnung: 1. Einstellung eines Hilfsarbeiters am 1. Juli zwecks Uebernahme der Kallengeschäfte. 2. Unsere weiteren zentralen Verhandlungen über den Abschluß des Reichstarifes. 3. Sammlung der außerordentlichen Gewerkschaftenunterstützung. Um pünktliches Erscheinen aller Vertrauensleute bittet Die Ortsverwaltung.

Bezirksfilialer-Verammlung, Zimmer 6, abends 8 Uhr. Erscheinen aller Bezirkskassierer ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Prompte technische Aufklärung!  
**Anzüge Covercoats Raglans**  
best. Material 500 Mk. reine Wolle 450 Mk.  
Neueste Modelle. Erhdt. Sit. in eigen. Werkst. gefertigt. Schnitt, Schneiderart zu bill. Preisen.  
**Beyer, Breslau V, 3**  
Gräbschanerstr. 4 (am Sonnenpl.)

**Damen u. Herren**  
Sparen viel Geld, wenn Sie Ihre gutgeputzten Kleider nach den neuesten Modellen in der Werkstatt von  
**Julius Böhm**  
umformen lassen. Diese Kleider sind billiger als die sonstigen, die Sie kaufen. Preis ab 50% Rabatt.

**Möbel**  
Schränke, Vertikals, Bettstellen u. Matr., Sofas, Spiegel etc.  
empfehlen per Kasse, eventuelle Teilzahlung.  
**Karsunky & Co.**  
Koschauerstr. 2, I.  
der Oderwerke.

geisterung, das Chorvorspiel „Schmied dich, o liebe Seele“, war ein Triumph abgeleiteter Registrierkunst, ein wehrvolles Stimmungsbild. Regers Orgelstücke op. 80, „Herrn Burkart gewidmet“, gehen wohl über den Rahmen des eigentlichen Kirchenlichen hinaus, wurden aber gerade in ihren lebhaftesten Partien, insbesondere im „Scherzo“, von dem Werkmeister mit solcher Verne vorgetragen, daß jeder Einspruch verstimmt. Die reize Künstlerkraft von Zwingburg Wott-Freund bedarf keiner erneuten Bekräftigung. Trotz der Ungunst der Klänge wirkte die Künstlerkraft, namentlich in den Hugo Wolf-Dütern mit dem Zauber ihrer auf Innerlichkeit eingestellten Vortragweise zu fesseln. Das „Et incarnatus est“ aus der „Messe von Wagner mit seiner allzu galanten, der Heiligkeit des Textes unferm Gefühl nach widersprechenden Manier war, ohnedem mit Orgelbegleitung, ein Mißgriff.

### Siedlich-Theater.

Der Mai ist gekommen — und mit ihm die Gasttruppe des unter der Direktion von Jean Kren stehenden Neuen Operetten-Theaters und Thalia-Theaters in Berlin, die, wie allkommerlich, bei Siedlich ihre Zelte aufgeschlagen hat und mit herzlichem Willkommen begrüßt wurde. Stil und Charakter der auf ausdauernde Zerstreuung und nicht zu schwer verdauliche Unterhaltung eingestellten, mitgebrachten Operetten-Revue, diesmal der „Nacht im Paradies“, hat sich nicht geändert, abgesehen von der Vermeidung des Publikums, das mit Beifall und Klatschen nicht laßt. Das „Paradies“ ist ein Spiel in einem Querschnitt durch irgendwo, wo man für 1000 Francs ohne große Formalitäten eine rechtsgültige Ehe schließen kann. Dahin strebt der Maler Carlini Caralant, der sich eines Abenders mit der schönen Gattin Lucretia verheiratet, dahin strebt auch der Maler Robert Hoff, dahin strebt auch der Maler I. Strassen, die mit ihrem Trio zusammen, am der Eltern wegen zu erziehen. Natürlich werden alle Mädchen glücklich durchgehender gewirkt, bis sie nach der drohenden Einführung des Gesetzes von der freien Liebe und der Kommunität der Herr alles zum gewöhnlichen Ende aufkommen. Walter B. r. o. m. e. hat ein paar Malochen beigezogen, die sofort den Weg ins Publikum fanden und in den Zwischenakten nicht nur wie sonst mitgelungen, sondern mitgelungen werden

konnte, da die Lichtreflexe Schenkelowsky so freundlich war, auch den Text mit zu schenken.

Am der gelungenen, mit nachwandlertlicher Sicherheit ergründeten Aufführung waren in der Hauptrolle beteiligt: Jochen Bender, mit seinem unverwundlichen Humor, die seltsame Mrs. Ellis, die besonders gefeierte Ida Kane, ferner Robert Wenz, Georg Wörge, der einen zoologischen Garten ersiehende Oscar Lindt, Fritz Hymann u. a. Schemisch und musikalisch klug alles wie am Schnürchen, Spieß- und Wurstzeitung, Ludwig Michalek und Karl Wappaus, dürften daher mit vollem Recht an der allgemeinen Ehre teilnehmen. — g—h.

### Aus aller Welt.

#### Der Gardeleutnant und der Parlamentarier.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir: Man glaubt, die Gefahr der Servilität sei überwunden, die Demokratisierung Deutschlands keine neuen Kräfte mehr schaffen. Schon wenige Jahre, nachdem die preussische Klassenherrschaft gefallen ist, bräunt sie uns nicht mehr auf der Seele. Die Reaktion verzieht es, in jeder Ecke des Landes zu wirken, bis die vorgeführten Stützpunkte des Nationalismus und der „bürgerlichen“ Sammlung gegen den Arbeiter den Gegner geschwächt haben. Nur selten enthält es sich, wie ich viele Gelehrte die Zukunft denken. Bei den Potsdamer Beerdigungsfestlichkeiten herrschte ein fremdes Zeremoniell. Die Parlamentarier, die gekommen waren, hatten am Ende des Trauermahls zu machen. Die „Tägliche Rundschau“ lautet begeistert:

„Alles hatte seinen Rang, seinen Abstand, wie es sich gebührt und wie es sein muß, wenn nicht die allgemeine Bewunderung sich greifen soll. . . . Es hält mich davon ab, mich einmal nicht ankommen zu lassen. Ich bin irgendwoher zugewandert, gebürt nur einmal nicht neben dem Gardeleutnant, dessen Grabsangehörige die ins Mittelalter zurück, heute schon gemüht.“  
Das ist kein Witz, sondern wirklich so gemeint und geschrieben von einem Manne, das ein Organ deutscher „Bürgertums“ sein will.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Arbeiterjugend, Bezirk 3. Mittwoch, den 4. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im städtischen Jugendheim, Matthiasplatz, Mitglieder-

Arbeiterjugend, Bezirk 5. Morgen abends 6 1/2 Uhr, im Heim Weidenstraße 34, Mitgliederversammlung. Donnerstag (Himmelfahrt), Tagesstunde nach dem Kirchberg. Abmarsch 8 Uhr

Beamtenversammlung für Beamte aller Behörden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, am Freitag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vortrag von Dr. Hamburger über: „Der Friedensvertrag von Versailles und die angebotenen Sanftionen“.

Arbeiterjugend, Bezirk 1. Die Genossinnen und Genossen, sowie die Arbeiterjugend von Nikolator, die sich am Ausflug nach Petersdorf am Himmelfahrtstag beteiligen, treffen sich morgens 5 Uhr im Westpark. Abmarsch 5 1/2 Uhr. Lieberbrüder mitbringen.

District 25. Dem Wunsch der Parteigenossen entsprechend ist von jetzt an unser Versammlungsortal Hilfe, Lehmdamm 82, also nicht mehr Schwendefeldstraße. Die Lokalkommission.

Der Spiegel.

Wir wohnen im gleichen Borort und fahren seit Jahren um dieselbe Zeit täglich zur Arbeit. Wir kennen uns wohl vom Ansehen, aber nicht nach dem Namen. Wir beraten wohl unsere

Wir werden alle älter. Das bringt nun mal die Zeit so mit sich. Aber jetzt kann man doch auch in dieser Beziehung Studien machen. Wenn man dann zufällig seine Zeitung früher ausgelesen hat und seine Augen anstatt über Buchstaben, über

Der Mann hat sicher niemals unzufrieden gelebt. Jetzt in dieser Zeit so auszusehen, wo in den Schaufenstern der Lebensmittelgeschäfte alle möglichen Delikatessen liegen! Aber es wird dem Mann so gehen, wie mir: er wird alle diese Köstlichkeiten

Die im Metallarbeiterverband organisierten Eisenbahner

beschäftigten sich in einer Versammlung mit dem Bericht, den der Vorstand des Metallarbeiterverbandes für die im Metallarbeiterverband organisierten Eisenbahner nach Leipzig einbringen hatte.

Aus dem Bericht geht hervor, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes entsprechend den Beschlüssen der früheren Gewerkschaftskongresse den Standpunkt vertritt, daß die Werkstättenämter der Eisenbahn zu dem Interessengebiet des Deutschen Metallarbeiterverbandes gehören.

Die am 17. 4. 21 in Leipzig tagende Reichskonferenz der Eisenbahnwerkstättenarbeiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhebt scharfen Protest gegen das Bestreben des Deutschen Eisenbahnerverbandes, das dahingehört, den Deutschen Metallarbeiterverband mit allen Mitteln in den Eisenbahnwerkstätten auszuschließen, bei Tarifverhandlungen usw. nicht zuzulassen und die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Deutschen Eisenbahnerverband herüberzuführen.

Die Tatsache, daß der Deutsche Eisenbahnerverband die Zulassung der christlichen und H. J. D. D. Eisenbahnerorganisationen (legale Arbeiter- und Eisenbahner-Richtung) als selbständige Mitkontrahenten beim Tarifvertrag mit der Reichseisenbahnverwaltung als selbstverständlich betrachtet, das gleiche Recht aber dem Deutschen Metallarbeiterverband abspricht, der als freie Gewerkschaft mit Zehntausenden von Mitgliedern in den Eisenbahnwerkstätten in Frage kommt, kennzeichnet das Verhalten des Deutschen Eisenbahnerverbandes zur Genüge. Eine Berufung auf die im September 1916 getroffene Vereinbarung kann nicht in Frage kommen. Die damalige Vereinbarung diente dazu, durch die Überführung der bei der Eisenbahn beschäftigten Mitglieder der freien Gewerkschaften im Jahre 1916 die Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes überhaupt zu ermöglichen. In dieser Gründung hat sich auch der Deutsche Metallarbeiterverband in hervorragender Weise beteiligt.

Die Eisenbahnwerkstätten gehören zum Interessengebiet des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die in den Eisenbahnwerkstätten Beschäftigten sind in ihrer erwerblichen Tätigkeit getrennte Metallarbeiter, die organisatorisch von den gesamten

Metallarbeitern nicht getrennt werden können, wie noch viel weniger von ihren engeren Berufskollegen, die in Lokomotiv- und Waggonfabriken beschäftigt sind oder die Lokomotiven und Eisenbahnwaggons in Betrieben der Privatindustrie reparieren. Diese Kollegen sind gleichfalls im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert, mit ihnen sind wir in engerer Interessengemeinschaft verbunden. Eine organisatorische Zerrei- zung würde nur zum Schaden der davon betroffenen Arbeiter dienen.

Die Reichskonferenz der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter der Eisenbahnwerkstätten er- sucht daher den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, alle organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, der in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachten Willensentscheidung zu dienen. Die Reichskonferenz fordert gleichzeitig die Kollegen im Lande auf, im Sinne dieses Beschlusses aktiv tätig zu sein und alles zu tun, um eine baldige Vereinigung aller Metallarbeiter der Eisenbahnwerkstätten, wie der Privatindustrie innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes herbeizuführen.

Es wurde beschlossen, im Sinne dieser Resolution zu wirken. Der Vorstand verlangt nun, daß in allen Orten Ortsgruppen gebildet werden und die Kollegen, die den freien Gewerkschaften noch fernstehen, für den Deutschen Metallarbeiterverband werben. Weiter beschloß die Versammlung mit dem Betriebsratswahlen. Einstimmig wurde beauftragt, daß der Deutsche Eisenbahnerverband in seiner Stellungnahme soweit geht, die freien Gewerkschaften von den Wahlen der Betriebsräte auszuschließen. Bisher war in allen Werkstättenämtern in Breslau je ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Betriebsrat vertreten. Das hat die Verwaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes jetzt abgelehnt. Da durch der Deutsche Eisenbahnerverband gegen die Beschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verstoßt, beschloß die Kollegen einstimmig, auf allen Werkstättenämtern besondere Listen aufzustellen.

Die Metallarbeiter erwarten, daß alle diejenigen Eisenbahner, die die Handlungsweise des Deutschen Eisenbahnerverbandes nicht gutheißen, die Liste wählen, die vom Metallarbeiterverband aufgestellt wird. Der Deutsche Metallarbeiterverband werde dafür sorgen, daß wirklich freigeberischer Geist in den Betrieben der Eisenbahnwerkstätten einzieht.

Die Innungsleiter gegen die Genossenschaft.

Die nunmehr zu einem Genossenschaftsbetrieb umgestaltete Wurstfabrik Welfergasse 26 war den Innungsleitern schon den ganzen Krieg hindurch ein Dorn im Auge. Ihre Meinung über diesen Konkurrenzbetrieb ist natürlich nicht freundlicher geworden, seit er zur Genossenschaft wurde. Der Feind darüber geht aus der letzten Nummer der „Schlesischen Fleischereizung“ deutlich hervor. Das Blatt sieht jetzt in der Fabrik „berühmten Aufstakt zur Sozialisierung des Fleischerhandwerks, die entschieden bekämpft werden muß.“ Und dann geht auch der Kampf los!

Die Breslauer Arbeiter haben früher im Konsumverein „Vorwärts“ die Wurst aus der Hildebrand'schen Fabrik immer mit großer Vorliebe gekauft. Sie war nur leider nicht in genügenden Mengen zu haben. Man kann nur hoffen, daß der Betrieb in der alten Weise weiter funktioniert, an Löhnern wird es dann ganz gewiß nicht fehlen. Der Konsumverein „Vorwärts“ hat seinen guten Ruf immer zu wahren gewußt. Wenn er Wurst aus dem Betriebe der Fleischergewerkschaft zum Verkauf übernimmt, liegt darin allein schon eine Garantie für reelle Ware.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Der Programm-Vertrag zu der morgigen Veranstaltung ist nicht so gut, wie man erwarten sollte. Dabei ist aber gerade das eine Veranstaltung, die weitesten Kreisen einen freudigen Anstoß geben würde. Dafür bürgt die Künstlerkraft der mitwirkenden Kräfte, des Sängerpaares Luitgard und Ernst Leo, die Lieder zur Laute, meist humorvoller Art in Einzelgefangen und Duetten bringen werden und der Vortrag des Schriftstellers Gertrud Jelski, die zum Teil Dichtungen in schlesischer Mundart vortragen wird.

Es wäre doch ein Jammer, wenn diese so recht volkstümliche künstlerische Veranstaltung nicht von möglichst Vielen besucht würde!

So bitten wir denn die treuen Freunde unserer Veranstaltungen, für morgen uns, oder vielmehr den Genossen und Genossinnen, für die alle der Abend bestimmt ist und die noch eines Anstoßes bedürfen, durch eine besonders leb- hafte Propaganda, einen Dienst zu erweisen. Wenn von den Getreuen unserer Bildungsarbeit nur jeder in einer der Vorverkaufsstellen 2 oder 3 Programme holt, um sie in seinem Familien- oder Freundeskreis umzu- legen, dann ist ein voller Saal gesichert. Sollte der eine oder andere ein Programm nicht los werden, dann wird es an der Abendkasse zurückgenommen. Also auf zur Mitarbeit!

Unterrichtskurse.

Am kommenden Sonnabend werden die An- meldungen zu den neuen Unterrichtskursen - Gewerkschaftshaus, Zimmer 44 - abgeschlossen.

Natürlich ist es für Großstädter in der Frühjahrs- und Sommerzeit vor allem wichtig, möglichst viel ins Freie zu kommen. Das kann man aber doch nicht täglich tun. Und so sollte man den einen oder anderen Abend der geistigen Fortbildung widmen. - Um den verschiedenen Interessen entgegenzukommen, sind eine ganze Reihe verschiedenartiger Kurse angelegt: Außer den fremdsprachlichen Kursen in Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch und Esperanto, Unterrichtskurse in Deutsch (mündl. und schriftl. Ausdruck), Rechnen, Geschichte und Erd- kunde. (Honorar pro Stunde 1 Mark.)

Das Ende der Beteiligungsämter.

Dem Drängen der Privatindustrie ist es nun endlich am 18. März durch den Beschluß der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages gelungen, daß die seit vielen Jahren bestehenden Beteiligungsämter fast vollständig verdrängt werden. Auch das hiesige Amt wird davon in Mitleidenschaft gezogen und soll die Schuld an dem Erlösche des Reichstages auf sich laden. Die Beteiligungsämter sind seit dem 1. April 1921, als diese Betriebe erst während des Krieges eingerichtet und als sogenannte Kriegsbetriebe nunmehr wieder zu normaler Tätigkeit über- der Mehrheit des Reichstages scheint diese Ansicht bestanden

zu haben, sonst könnte man diesen Beschluß nicht verstehen. Von den gesetzgebenden Körperschaften werden immer neue Verordnungen herausgegeben, um die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit einzudämmen. Stilllegung von Betrieben, sowie Entlassung von Arbeitern darf erst vorgenommen werden, wenn schon gar keine Beschäftigungsmöglichkeit mehr vorhanden ist. Die Beteiligungsämter hatten nachgewiesenermaßen genügend Be- schäftigung gehabt, wenn sie nicht durch das Reichsbeschäftigungsamt und jetzt auch durch den oben erwähnten Beschluß des Reichstages in ihrer freien Entwicklung beschränkt worden wären. Durch die Bemühungen der Amtseleitung und des Betriebsrats hatten fast alle Kommunen und Polizeiverwaltungen der Provinz Schließen ihre Aufträge an Beteiligungsämtern dem hiesigen Amt übertragen. Die Aufträge können leider nicht ausgeführt werden, weil durch den Reichstagsbeschluß Kommunalaufträge in den Händen nicht ausgeführt werden dürfen. Auch sonst waren die Ämter auf dem besten Wege, sich zu volkswirtschaftlichen Betrieben zu entwickeln und für die minderbemittelte Bevölkerung gute und haltbare Bekleidung und Schuhwerk herzustellen und so preisbildend für diese Artikel auf dem Markt zu wirken. Das letztere haben wohl auch die Gegner der Ämter gestützt, und so wurde alles daran gesetzt, um diesen Konkurrenzrenten ungeschädigt zu machen. Die Behauptung, daß die Privatindustrie, daß die Beschäftigten ihre Waren preiswerter abgeben können, als wie sie es in der Lage ist, weil sie Reichszuschüsse erhalten und keine Steuern zahlen, muß als unwahr zurückgewiesen werden. Die Ämter zahlen genau so die Umsatzsteuer, wie die Privatindustrie und vom Breslauer Amt zu urteilen, so hat daselbst keine Zuschüsse gebraucht, sondern im letzten Jahr dem Reich noch ganz erhebliche Ueberschüsse gebracht. Auch die Auffassung, daß durch die Ämter das Handwerk geschädigt, und das kleine Handwerk bei Vergebung von Staatsaufträgen unbedingt mit Berücksichtigung werden muß, ist eine ganz irrige, denn auch die in den Ämtern Beschäftigten sind doch ebenfalls Handwerker und mühten sich, wenn die Ämter nicht wären, in der Privatindustrie Beschäftigung zu finden. Ganz unverständlich ist es, wie der Reichstag einen Beschluß fassen kann, daß so alte Betriebe, die sich selbst erhalten können, und keiner Reichszuschüsse bedürfen, geschlossen werden sollen. Fast selbsterleuchtend, ja brutal könnte man diesen Beschluß nennen, wenn man bedenkt, daß dadurch viele Arbeiter, die mehr als 20 Jahre im Staatsbetrieb und für den Staat gearbeitet haben, jetzt arbeitslos und auf die Straße geworfen werden sollen. Hier trifft wieder mal das Wort zu: „Möhr, Du hast Deine Schuldigkeit getan, Möhr Du kannst gehen.“ Von der jetzigen Regierung haben die Arbeiter nichts anderes erwartet, aber vom Reichstage hätte man doch annehmen können, daß sich eine Mehrheit finden würde, die für solch langgeleitete Arbeiter ein Mitgefühl und soziales Empfinden hat und sich dafür einsetzen würde, daß diese Leute nicht einfach so arbeitslos bei Seite geschoben werden. Nicht nur die langen Friedensjahre, auch während des Krieges haben die Betroffenen ihre Schuldigkeit getan und haben sich die ganze Jahre unter die Krone der politischen Unfreiheit gefügt, mit dem Gedanken, doch wenigstens daraus Beschäftigung zu haben und im späten Lebensalter für sich oder ihre Hinterbliebenen kleine Zuwendungen für die geleisteten Dienste vom Reich zu bekommen. All diese Hoffnungen sollen nun mit einem Schlag zu nichts gemacht werden, nur um dem Privatunternehmertum weitere Gewinne zuzuführen. Die Arbeitgeber-Berechtigungen haben in ihren Forderungen um Beilegung der Ämter immer erklärt, daß die darin Beschäftigten leicht in der Privatindustrie unterzubringen seien. Jetzt aber, nachdem sie dieses Ziel erreicht haben, lehnen sie die Einstellung der zu Entlassenden mit der Erklärung ab, daß sie keine Beschäftigung für sie hätten. Nun besteht vielfach die Ansicht, daß wenigstens die zur Entlassung kommenden mit einer einigermaßen anständigen Entschädigung abgefunden werden. Auch das trifft nicht zu. Das Reich bietet ihnen im Dienst alt und grau Gewordenen mit mehr als 20jähriger Beschäftigungsdauer, kaum die Hälfte als Abfindungs- summe, was die Stadt Breslau ihren zur Entlassung kommenden Arbeitern schon mit 6 Dien- stjahren zahlte. Der Betriebsrat des hiesigen Amtes hat sich im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Gewerkschaftsorgani- sationen nochmals mit einer Petition an den Reichstag gewandt und man hofft, daß bei einer nochmaligen Beratung ein anderer Beschluß zustande kommt.

Lotterezug bei der Post.

Am Sonntag wurde in einem der Betriebe des hiesigen Telegraphenamtes eine zur Erinnerung an die gesunkenen Angehörigen des Telegraphenamtes errichtete Gedenktafel - ausgeführt in heimatischem Sandstein von der Firma Künzel und Boelkel (Joseph Boelkel, Herzogstraße 18a) - in feierlicher Weise eingeweiht.

Strassenbahnfahrten in der Steuerrechnung. Da nach § 13, Abs. 1b des Reichseinkommensteuergesetzes notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte erwachsen sind, vom Gesamtbetrag der Einkünfte in Abzug gebracht werden können, dürfte es für manchen Steuerzahler von Interesse sein, die Strassenbahn-Fahrt- preise des Jahres 1920 zusammengestellt zu erhalten. Sie be- tragen:

Im Januar und Februar für eine einfache Fahrt 20 Pf., eine Umsteigefahrt 30 Pf.; im März, April und Mai 30 und 40 Pf.; von Juni bis einschließlich Oktober 40 und 50 Pf., vom 18. Juli ab Sonntags 10 Pf. mehr, ohne Umsteigerechtigung, im November und Dezember 50 und 60 Pf.

Ausgeraubtes Geschäft. In der Nacht zum 29. April wurde das Geschäft Matthiasstraße 34 vollständig ausgeplündert. Es handelte sich um Material- und Kolonialwaren, Zucker, Schokoladen usw., die im Ladenraum aufbewahrt wurden. Von den Einbrechern konnte bisher keine Spur entdeckt werden.

Beschlagnahmt hat die Polizei ein Herrenrad „B. Schramm, Herrenrad (Korb-Rad)“. Der Eigentümer melde sich Zimmer Nr. 49 des Polizei-Präsidiums.

Die Gewerbeaufsicht Breslaus. Der Polizeipräsident macht eine ministerielle Bestimmung öffentlich bekannt, wonach vom 1. Mai 1921 ab das Gewerbeaufsicht Breslau-West die Polizei-Bezirk 11 bis 17 und das Gewerbeaufsicht Breslau-Ost die Polizei-Bezirk 2 bis 10 und 18 umfassen.

Ein Schwamm mit Leder abgewaschen. Am 16. April wurde ein Kaufmannslehrling, der einen mit 2 Zentner Zucker beladenen Handwagen besetzte, von einem Mann erfaßt, doch 2 Koffer mit ausgenommen. Die von der Kasse Gasse abgehenden seien. Als sie vor dem Grundstück Nr. 34 anlangen, erfuhr der Mann, den Wagen mit dem Zucker stehen zu lassen und mit ihm nach dem 4. Stock mitzukommen, um die beiden Koffer zu holen. Oben angekommen, erklärte der Anbetante, er habe den Schlüssel vergessen, laufe daher schnell hinterher, um ihn zu holen. Der Gehilf blieb eine Weile stehen und wartete, als es ihm doch zu lange wurde, ging ihm plötzlich eine Ahnung auf, er lief hin- unter und fand zu seinem Schreck weder seinen Wagen mit dem Zucker, noch den fremden Mann vor. Der geriebene Schwamm ist ein etwa 23 Jahr alter, besonders großer, blauer, harter Schwamm mit rötlichem Gesicht, der eine dünne, helle, schwarze Hosen, Lebergamaschen, weißen Sportkragen und einen schwarz-weiß gestreiften Binder trägt. Der gefundene Wagen ist etwa 40 Zentimeter hoch, von Eisenblech mit Holzrahmen, Beschriftung auf die Vorderseite ist unlesbar. Mitteilungen erbeten nach Zimmer 39a des Polizei-Präsidiums.



Hausfrauen, verlangt nur

# Dr. Deffer's Backpulver



## Familiennachrichten

Am Sonntag, den 1. Mai, starb plötzlich unser wertiger Kollege, 1431  
der Hutarbeiter  
**Robert Staar**  
im Alter von 44 Jahren.  
Sein Andenken werden in Ehren halten  
Die Werkmeister,  
Kollegen und Kolleginnen  
der Firma Rabat & Guttman.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Magdalena-Friedhofes, Steinstraße, aus statt.

Am Sonntag, den 1. Mai, verstarb plötzlich unser treuer Mitglieb  
**Robert Staar**  
im Alter von 44 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Deutsche Hutarbeiter-Verband  
Zahlstelle Breslau.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Magdalena-Friedhof, Steinstraße. 1430

Am 1. Mai, nachts 1 1/2 Uhr, verstarb unser lieber Sohn, Bruder, Neffe und Cousin,  
der Schneider  
**Artur Neumann**  
im blühenden Alter von 22 Jahren 8 Monaten.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Beerdigung: Mittwoch, den 4. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus, Hirschstraße 82, nach Gräbchen. 1437

Am 1. Mai verstarb unser Mitglied, der Schneider  
**Artur Neumann**  
im Alter von 22 Jahren 8 Monaten.  
Ehre seinem Andenken!  
Der Sozialdemokratische Verein Breslau  
Distrikt 25.  
Beerdigung: Mittwoch, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus Hirschstr. 82 nach Gräbchen. 1438

Am 2. Mai verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, verw. Frau  
**Auguste Kusche,**  
geb. Fißel,  
im ehrenvollen Alter von 76 Jahren 4 Monaten.  
Breslau, Adlerstraße 7, den 2. Mai 1921.  
1436  
In tiefer Trauer:  
Familie Adolf Kusche,  
Familie Paul Glater.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlenowitz statt.

**Verstelt!**  
Am 30. April 1921 verstarb nach schwerem Leiden unsere Kollegin 1428  
**Frau Mathilde Zöllner**  
im Alter von 43 Jahren.  
Ihr Andenken werden in Ehren halten  
Die Mitglieder des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahnstraße Breslau.  
Beerdigung: Dienstag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Ostwitzer Friedhofes aus.

**Deutscher Verkehrsbund.**  
Am 1. Mai verstarb unser wertiger Verbandskollege,  
der Posthalter  
**Paul Witton**  
im Alter von 43 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren  
Die Abteilung Post und Paketvermittlung.  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pohlenowitz Friedhofes. 1437

**Dankagung!**  
Für die wohlwollende Teilnahme, die ich und meine Söhne in meinem Schmerz von so vielen Seiten erfahren haben, bitte ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen an  
**Elisabeth Hebbhäuser**  
geb. Schmalzke.

Von der Reise zurück  
Dr. med.  
**Hans Eckstein**  
Panstraße 37.

**Unterricht**  
in Schenke, Matheematik, Geometrie und Unterricht von elektr. Schweißmaschinen.  
10 Pf.  
Im Hauptbahnhof 5 Pf.

**Wohnungstausch**  
Breslau-Freiburg i. B. 661.  
Sprechstunde gegen Gebühr in Breslau an Wochenenden (nach Vereinbarung).  
**Karl Müller,**  
Freiburg i. B.,  
Frieden 23.

**Sünder! Hafterer!**  
Lies den Inhalt des 1. Heftes (Seite 1-2) alle Exemplare 25 Pf.) bei  
Lohmeyer, Poststraße 7.

**Der wahre Jakob!**  
60 Pf.  
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von allen Kolportageunternehmungen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Breslau.  
Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 Uhr,  
im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
aller Branchen.  
Tages-Ordnung:  
1. Eröffnung eines Hilfsarbeiters am 1. Juli zwecks späterer Übernahme der Kesselschäfte.  
2. Uebersicht weiterer genauen Verhandlungen über den Abschluß des Kesselschäfts.  
3. Sammlung für außerordentliche Gewerkschaftsunterstützung.  
Um pünktliches Erscheinen aller Bestenmenschen bittet  
Die Betriebsverwaltung.  
1432

**Einzelhandelshöchstpreise für Zucker.**  
Auf Anordnung der Provinzial-Zustellstelle kostet ab 1. Mai 1921 im Kleinhandel:  
1 Pfund Feinzt. . . . . 3.80 RM.  
1 " Mittelzucker . . . . . 3.85 " "  
1 " Rubenzucker . . . . . 3.70 " "  
1 " weißer Rohzucker . . . . . 4.54 " "  
1 " farbiger Rohzucker . . . . . 4.44 " "  
Der Magistrat.

**Anzüge**  
in den neuesten Formen,  
fertig und nach Maß von  
RM 350.00 an.  
1432  
**Abrechtstr. 41, II** 1432

**Jede Nähmaschine**  
auch Schneidemaschine, und unbrauchbare  
**Jedes Fahrrad ohne Bereifung**  
**Jede Freilaufnabe**  
mit oder ohne, auch unbrauchbar  
**sofort zu kaufen gesucht!**  
Wienziers, Gräbchenstr. 45

Wir empfehlen:  
**Die Volksbühne**  
Eine Sammlung von Einführungen  
in Dramen und Opern  
Gesamtverlag des Bildungs-Kaufhauses der  
Friedrichstraße 100  
Deutschlands

**Jedes Heft nur 25 Pfennig**  
Einschickung des 1. Heftes 50 Pf. Porto  
Bestellungen werden bei der Expedition  
Hofstr. 10, sowie von sämtlichen  
Reparaturen entgegengenommen

**Ganz Breslau spricht von**  
**Si-Si!**  
**Gardinen**  
Selten billiges Angebot!  
Gardinen in sehr schönen Mustern  
von 7.50, 9.50, 12.-, 15.-, 19.-, 22.-, 25.-  
bis zu den schönsten Ausführungen, besonders preiswert.  
**Künstler-Garnituren** 2 Stück und  
1 Garnitur in den schönsten u. neuesten Mustern u. besten Qualitäten.  
78.-, 90.-, 96.-, 110.-, 120.- RM. usw.  
**Halbstores** in sehr eleganter Ausführung  
und großer Auswahl  
75.-, 95.-, 98.-, 105.-, 110.- RM. usw.  
**Tüll-Bettdecken** hand. gewebte Mustern  
in besten Qualitäten  
84.-, 90.-, 125.-, 135.-, 150.- RM. usw.

**Bonno Schenk**  
Neumarkt 9 • Kaiser-Wilhelmstr. 5/7

**Volksgarten-Gästehaus**  
Michaelstraße 48  
Nur bis Donnerstag!  
Das große Detektiv- und Sensationsdrama  
**'Nirvana'**  
**Der Ruf**  
**über**  
**das Meer**  
in 6 außergewöhnlich  
großen Akten.  
Dazu: 1411  
**Karichen hypnotisiert.**  
Tolles Lustspiel in 2 Akten.

**Ya**  
THEATER  
TAGESZEITUNG  
Nur noch 3 Tage!

**Das Opfer**  
der Ellen Larsen  
Schauspiel  
von Max Motz und  
Paul Ludwig Stein  
Hauptdarsteller: e-  
Alfred Abel,  
Marija Leiko, P. Richter,  
Carl Platen,  
Arnold Korff und  
Kleine Loui Nest

**Max Landa**  
der geniale Detektiv-  
darsteller in dem großen  
Kriminaldrama  
**Das Experiment**  
des  
**Prof. Mithrany**  
Eine ungläubliche Ge-  
schichte in 6 Akten.  
Regie:  
Dimitri Buchowetzki.  
Mitwirkende:  
Robert Scholz, Hans Wetke,  
Margit Baray.

**Die Erbhose**  
Lustspiel in 3 Akten mit  
**Paul Heidemann**  
Beginn: pünktlich 4 Uhr,  
Sonntags 3 Uhr.

**Herren-Anzüge**  
eigene Anfertigung,  
daher sehr preiswert  
**Oskar Dohmel**  
Neumarkt 45

**Bitte**  
bei allen Einkäufen  
wird die Inserenten-  
unserer Zeitung zu  
berücksichtigen.  
**Zu kaufen gel.:**

**Altmetalle**  
kauft zu höchsten Preisen  
Wasser, Schiedelstraße 61.  
**Altmetalle**  
kauft zu höchsten Preisen  
Kupfer, Eisen, Zinn, etc.  
Neumarkt 10, 11, 12.

**Zum Verkauf:**  
**Kinderwagen,**  
**Lieferwagen,**  
**Lehrwagen,**  
**Gummifahrer,**  
Teillieferung gestattet  
München, Weldenstr. 25, II.

**Nur reine Freude**  
empfinden Sie, wenn Sie Ihren Bedarf an  
Stoffen in meinem Geschäft decken.  
Ich empfehle prächtige  
**Stoffe zu Sommer-Anzügen**  
— Covercoat — Waschstoffe — Manchester —  
Außer billigsten Preisen  
bis 15. Mai noch 10% Bar-Rabatt.  
**Tuch-Lager Korte**  
zwischen Bücherplatz und Bleischowsky. 1382  
Geschäftszeit von 8-6 Uhr durchgehend.

**Lüchtige, jüngere Verkäuferin**  
für die Buchhandlung sofort oder per 1. Juni gesucht.  
Damen, welche schon in dieser Eigenschaft tätig waren, werden bevorzugt.  
S. Guttentag, Altbücherstraße 5, I, II, III. Etg.

**Widiger, selbständiger Verkäufer**  
für die Buchhandlung gesucht.  
S. Guttentag, Altbücherstraße 5, I, II, III. Etg.